



Unsere Geduld ist am Ende!

Weit über 1000 Kolleginnen und Kollegen warten und warten und warten ...

Wo bleibt die politische Entscheidung?

Seit 16 Monaten (Februar 2014) gibt's nach dem Münchner VG-Urteil kein Mindestalter mehr für PHMZ!

Seit einem Jahr (nach dem 1. Juni 2014) gibt es für alle Hauptmeister/-innen mit weniger als 14 Punkten keine Beförderung mehr zu A 9 Z und damit auch keine Perspektive zu A 10 und A 11!

Seit einem Jahr warten auch unsere Absolventen der FHVR, der DHPol. und modular Qualifizierte auf eine schnellere Beförderung nach A 10 bzw. A 14!

Seit 30 Jahren und mehr warten Hauptkommissare der 3. QE, auch mit guter Beurteilung, mangels Beförderungsstelle auf die erste Beförderung über die 2. QE hinaus nach A 12!

Eins vorab, für die GdP gilt auch hier ihr Motto: **„Nicht gegeneinander sondern miteinander!“**

Die vom Ministerium einberufene „AG Mindestaltersgrenzen“ legte bereits im August 2014 den ersten Entwurf eines Abschlussberichtes für die PHMZ-Problematik vor, im Dezember erhielt der Minister einen umfassenden Abschlussbericht, zwischenzeitlich gibt's noch eine überarbeitete Version vom März 2015.

Aber was hat sich für die Betroffenen seit nunmehr über einem Jahr getan? NICHTS!

Im Gegenteil, die ständigen Anmahnungen der GdP auf allen Ebenen scheinen den politisch Verantwortlichen langsam lästig zu sein, frei nach dem Motto:

„Haben wir denn sonst keine Probleme in der bayerischen Polizei?“ – Doch, die haben wir natürlich!



Aber trotz neuer Uniform, Schutzwesten und Pistole, weiteren Beförderungsstaus, Personalmangel an der Basis und natürlich dem „G7-Gipfel“, um nur ein paar Beispiele zu nennen, dürfen die Betroffenen doch nicht dauerhaft im Regen stehen gelassen werden.

Nur ein Rechenbeispiel:

PHM, im Juli 2014 43 Jahre alt, 13-Punkte-Beurteilung, seit 16 Jahren PHM.

Gehaltsverlust bisher: **3229 Euro**, mit jedem Folgemonat plus **272,89 Euro!**

Bis zu einer Beförderungschance nach der nächsten Beurteilung 2017: **10 597 Euro!**

Wenn dann noch ein 28-jähriger Kollege, den er vielleicht ausgebildet hat, als PHMZ an ihm vorbeizieht, kann ihm doch wohl niemand ernsthaft Ärger und Frust übelnehmen.

Für unsere Kommissare wirkt sich ihr Studium erst nach fünf Jahren mit der Beförderung zum POK endlich finanziell aus, während andere, vielleicht aus ihrer Dienstgruppe, ohne zweijähriges Studium zwischenzeitlich als PHMZ oder künftig sogar als POK

besser dastehen. Und erfahrene KHK/PHK die vor 30 Jahren auf der FH waren und erst mit 58 oder 59 eine „Altersbeförderung“ nach A 12 bekommen, fragen sich schon lange, was das für ein System ist.

Demotivation soll hier nicht herbeigeredet werden. Wir leben von einem motivierten Miteinander. **Demotivation** ist aber genau das, was uns als Personalräten und Gewerkschaftern seit einem Jahr, jede Woche mehr, von bisher engagierten Hauptmeistern/-innen in erschreckender Weise entgegenschlägt.

Jeder polizeilich und politisch Verantwortliche, der noch sein Ohr an der Mannschaft hat, merkt, wie gefährlich es für die Stimmung und das Engagement in unserer Polizei wird, wenn die erfahrenen Polizistinnen und Polizisten **und** Leistungsträger im Regen stehen gelassen und ungerecht behandelt werden.

Die GdP hat zugegebenermaßen, wie alle anderen Beteiligten keine Patentlösung, aber: Wir haben seit einem Jahr konstruktive Lösungsansätze und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Will man diese nicht umsetzen, da sie Geld oder Verwaltungsaufwand kosten oder aus Angst, dass wieder irgendein Klagefreudiger vor den Kadi zieht?

Mehr Beförderungsstellen für A 9 Z, A 10, A 12 und Verkürzung von Beförderungswartezeiten kosten Geld, das man sich mit jedem weiteren Monat des Hinausschiebens spart.

Das gesamte Beförderungssystem der bayerischen Polizei wurde seit Februar 2014 ad absurdum geführt.

Nach dem Wegfall des PHM-Mindestalters hat das Ministerium auch noch die zehnjährige Mindestdienstzeit in der 2. QE als Beförderungsvor-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

aussetzung gestrichen und damit die riesige Warteschlange zu A 9 Z zum Nachteil der älteren PHM noch vergrößert.

Wenn das bewährte bayerische Laufbahnsystem, um das uns andere beneideten, jetzt nicht umgehend und grundlegend reformiert wird, verspielt die Staatsregierung das Vertrauen vieler Polizeibeamtinnen und -beamten.

Selbst wenn vom IM zunächst nur Minimallösungen (zusätzliche PHMZ- und A12-Beförderungen aus dem DHH, Entkoppelung Aufstieg/Beurteilung und vorgezogene Beurteilung 2. QE auf 2016, Verkürzung Wartezeit POK/POR) umgesetzt werden, sind diese überfällig.

Es grüßt Euch

Holger Zimmermann,
Vorsitzender BG Unterfranken
Mitglied im Landesvorstand

Seminar für Einstellungsberater

Die „GdP-Akademie“ lud die Einstellungsberater zu einem Seminar (Workshop) ins wunderschöne GdP-Tagungshotel „Dirsch“ nach Titting-Emsing ein. Peter Pytlik (BG Schwaben SW) und Michael Ertl (BG Oberbayern Süd) leiteten die zweitägige Tagung. Angesichts der drohenden Nachwuchsprobleme aufgrund der demografischen Entwicklung ist es eine Selbstverständlichkeit für die Gewerkschaft der Polizei, die Einstellungsberater in dieser Situation zu unterstützen, um nach wie vor qualifizierte Bewerber/-innen für die bayerische Polizei gewinnen zu können. Die Seminarleiter erkundigten sich daher bei den Einstellungsberatern über die derzeitige Situation rund um das Thema Nachwuchswerbung und um die „Sorgen und Nöte“ der Kolleginnen und Kollegen. Auch zwi-



schen den Einstellungsberatern fand ein reger Erfahrungsaustausch statt. Die GdP wird die gewonnenen Erkenntnisse nun beim BayStMIBV vorbringen.

Peter Pytlik

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Juli 2015 ist am 9. Juni 2015. Zuschriften bitte an die Redaktion.

GdP-Landesvorstand besucht Fraktion der Freien Wähler

Im Sinne des regelmäßigen Austausches, aber auch wegen des anstehenden Ausscheidens des GdP-Landesvorsitzenden Helmut Bahr Mitte Juli fand am 6. Mai ein Treffen mit Teilnehmern der Fraktion der Freien Wähler statt. Der Fraktionsvorsitzende Hubert Aiwanger lud dabei den GdP-Landesvorstand ein, um die derzeitigen Baustellen der bayerischen Polizei von kompetenter Stelle geschildert zu bekommen. Für die GdP nahmen an dem Treffen neben LV Bahr die Bezirksvorsitzenden Oskar Schuder (München), Andreas Holzhausen (Niederbayern) und Herbert Kern (Mittelfranken) sowie Dr. Andreas Vollmer (KG-Vors. LfV) und Markus Wimmer (GdP-Landesgeschäftsstelle) teil. Die ebenfalls teilnehmende stellv. Innenausschussvorsitzende Eva Gottstein hörte sich dabei sehr genau die Problemstellung zum aktuellen Beförderungsstau an, wobei man gemeinsam nach Lösungen hierfür suchte, um den derzeitigen Frust bei den Kolleginnen und Kollegen möglichst schnell abbauen zu können.

Eine weitere Großbaustelle wurde erst am Tag zuvor von den Freien

Wählern in einem Antrag im Ausschuss des öffentlichen Dienstes thematisiert. Hier ging es um die Schaffung sinnvoller Arbeitszeitregeln bei der bayerischen Polizei. Die GdP-Vertreter wiesen bei aller Notwendigkeit des Gesundheits- und Arbeitsschutzes auf die unterschiedlichen Auffassungen im Kollegenkreis hin. Mit einer Faktorisierung der Arbeitszeit, dem Ziel einer 35-Stunden-Woche und Schaffung von deutlich mehr Personal könnte man das Problem in den Griff bekommen. Auch individuelle Lösungen auf den Dienststellen wären durchaus ein Denkansatz.

Weitere Themen waren: Stellenabbau und deutlich zu wenig Stellenhebungen im Tarifbereich, der anstehende G7-Gipfel und die sehr professionelle Vorbereitung durch die bayerische Polizei, die Einführung der blauen Uniform sowie die Personalsituation angesichts der demografischen Entwicklung. Für die Freien Wähler nahmen zudem Peter Meyer, Bernhard Pohl, Alexander Muthmann (alle MdL) sowie die Mitarbeiterinnen Verena Eckert und Katharina Fiedler teil.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Thomas Bentele
Hansastr. 17
80686 München
Telefon (01 51) 58 54 47 04
E-Mail: redaktion@gdpbayern.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X



AUS DEN BEZIRKEN

Vorstand der BG Mittelfranken beim Gespräch im Finanzministerium

Das neu geschaffene Heimatministerium in Nürnberg ist ein Teil des Finanzministeriums. Diese neue Möglichkeit der Kontaktpflege mit der Politik nutzte der Vorstand der Bezirksgruppe Mittelfranken, um die Sorgen und Nöte der Kollegenschaft direkt bei den zuständigen Referenten des „Beamtenministeriums“ vorzutragen.

Mit Staatssekretär Albert Füracker traf man einen aus der Oberpfalz stammenden Politiker an, der aufgrund seiner vielfältigen Kontakte zu den Polizeidienststellen in seinem Wahlkreis ein in Polizeiangelegenheiten gut informierter und verständiger Gesprächspartner war. Er stellte gleich zu Beginn des Gespräches eine Statistik vor, die man ihm im Finanzministerium als Vorbereitung für das Gespräch mit der Gewerkschaft der Polizei erstellt hat. Daraus ging hervor, dass die Polizei in den letzten Jahren **2000 zusätzliche Stellen** bekommen habe. Wenn er aber Polizeiinspektionen besuche, dann kann er niemanden aus dieser zusätzlichen Stellenmehrung finden. Wo sind die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hingekommen, war die erste Frage, die Staatssekretär Füracker stellte. Hier konnten ihm die Vorstandsmitglieder die Begründung liefern: Zusätzliche neue Aufgaben der Politik für die Polizei (Schulschwänzerprogramm, Jugendsachbearbeiter, Internet-Sachbearbeiter, HEADS-Sachbearbeiter, Terrorfahnder usw.) schwächen zunächst den Schichtdienst. Leider habe man in der Praxis feststellen müssen, dass aus dem Schichtdienst für andere Aufgaben abgezogene Beamte nicht mehr ersetzt werden. Deshalb ist die Belastung im Schichtdienst in den letzten Jahren überproportional gestiegen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Regelung „Abschlagsfrei mit 20 Jahren Schichtdienst in den Ruhestand“ angesprochen. Hier wären noch dringend Verbesserungen in der Beschreibung der unter diese Regelung fallenden Personengruppe notwendig. Bezirksvorsitzender Herbert Kern machte dies an einem Beispiel deutlich. Wenn ein Kriminalitätsschwerpunkt über 16 Stunden überwacht werden soll und dies von zwei Gruppen, die sich nach acht Stunden ablösen, erfolgt, dann fällt dies unter die Regelung der Schichtzulage, da sich Gruppen ab-

wechseln. Müssen jedoch wegen Personalmangel die Kollegen am Stück 16 Stunden Dienst leisten und können nicht abgelöst werden, dann fallen sie aus der Schichtzulagenregelung und damit auch aus dem Programm „20 Jahre Schichtdienst“ heraus.

Helmut Frey thematisierte die Dauer der Bearbeitung der Beihilfe. Hier teilte Staatssekretär Füracker mit, dass die Dauer der **Beihilfebearbeitung** in Straubing derzeit bei durchschnittlich 23 Tagen liegen würde. Hintergrund seien Erkrankungen von Sachbearbeitern und die Umstellung auf die papierlose Beihilfebearbeitung. Es sei jedoch sichergestellt, dass große Rechnungen bevorzugt bearbeitet werden. Die Bearbeitungsdauer soll wieder auf die üblichen zwei Wochen gedrückt werden.

Um die Belastungen des Schichtdienstes auszugleichen, forderte Norbert Schwab **Vorsorgekuren** für Schichtdienstbeamte. Vonseiten des Finanzministeriums erkannte man zwar die Notwendigkeit solcher Vorsorgekuren, doch ist das System der Beihilfe nicht auf die Erstattung von Maßnahmen der Prävention oder Vorbeugung ausgelegt.

Klaus Pfitzner informierte den Politiker über den derzeitigen Stand bei der Werbung von hoch qualifizierten **Fachkräften** (Informatiker, Ingenieure, Wissenschaftler) für die Polizeiarbeit. Das Besoldungssystem für diesen Bereich sei derart unflexibel, dass hier der Staat in Konkurrenz zur Wirtschaft immer als 2. Sieger hervorgeht. Wenn man mit seiner Ausbildung 1000 Euro und mehr im Monat in der Industrie verdient, dann kommt niemand mehr zur Polizei. Der Staat muss sich dann in Form von Beraterverträgen diese Leistung teuer einkaufen. Wirtschaftlich sei dies für den Staat nicht. Herr Füracker und seine Referenten stimmten Koll. Pfitzner in seiner Meinung zu, verwiesen jedoch auf die Tarifpartner. Hier könnte



man versuchen, bei den nächsten Tarifverhandlungen für hoch qualifiziertes Personal entsprechende Stellen zu schaffen.

Abschließend war man sich einig, dass das neue Heimatministerium in Nürnberg jetzt für den Bezirksvorstand der GdP Mittelfranken die Möglichkeit des „kurzen Drahtes“ in das Finanzministerium als Beamtenministerium öffnet. Diese Dialogmöglichkeit werde man pflegen und zum Wohle der Kollegenschaft nutzen.

Herbert Kern

NACHRUF

Wir trauern um unsere Mitglieder

Pfitzer, Roman, 79 Jahre
KG Berchtesgadener Land

Klingenmeier, Karl Heinz,

66 Jahre

KG Aschaffenburg

Lothes, Helga, 57 Jahre

KG Bayreuth

Stemmer, Georg, 88 Jahre

KG Bayer. PVA/ZBS

Dürmeier, Josef, 77 Jahre

KG München-West

Wallendik, Thomas, 48 Jahre

KG BLKA München

Jakob, Manfred, 74 Jahre

KG Deggendorf

Welz, Hans, 84 Jahre

KG Würzburg

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.



Polizeibeamte in München – von der Politik im Stich gelassen?



Dies war das Motto der Fachtagung, zu der Michael Bogatzki und Oskar Schuder, alter und neuer Vorsitzender

der Bezirksgruppe München, am Montag, dem 13. 4. 2015, in den Palmensaal der I. BPA eingeladen haben. Die sehr restriktive Umsetzung der Dienstrechtsreform hinsichtlich der Schichtzulage und der Anerkennung „ähnlich belastender Dienste“, die nach 20-jähriger Ableistung zu einem vorzeitigen Ruhestandseintritt mit dem 60. Lebensjahr führen, veranlasste die Münchner GdP, verantwortliche Innenpolitiker nach München zu holen, um den Betroffenen Rede und Antwort zu stehen. So folgten der Einladung der Vorsitzende des Innenausschusses im Bayerischen Landtag, Dr. Florian Herrmann (CSU), die Innenpolitischen Sprecher Eva Gottstein (FW), Katharina Schulze (Grüne) und der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Pfaffmann. Für die Moderation der Podiumsdiskussion stellte sich der ehemalige Landesvorsitzende der GdP, Harald Schneider, zur Verfügung. Für die GdP nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Peter Schall auf dem Podium Platz.

Referat von PD Christian Weis

Im ersten Veranstaltungsteil referierte Polizeidirektor Christian Weis, Leiter der PI 11, über die Belastungen einer hoch belasteten Innenstadtinspektion. Er stellte dabei auch dar, welche Dienste die Verfügungs- und Dienstgruppen im Ballungsraum zu leisten haben. Während die Dienstgruppen jedoch einen auf lange Zeit vorhersehbaren Dienst haben, fehlt es in der Verfügungsgruppe, die im Übrigen nicht mit

der VG auf der Fläche verglichen werden kann, an der Planungssicherheit. Der Dienst wird hier weitestgehend vom Einsatzgeschehen bestimmt. Bei der Wertschätzung für diese Flexibilität fehlt es jedoch an der Möglichkeit, einen Arbeitszeitkorridor vor Dienstbeginn geschrieben zu bekommen, einer Schichtzulage und damit verbunden an der Anerkennung als „ähnlich belastender Dienst“. „Verstehen kann man das eigentlich nicht“, bemerkte PD Weis.

Parlamentarische Initiativen der GdP



In dem darauf folgenden Referat berichtete Peter Schall über parlamentarische Initiativen der GdP. Die Höhe der Ballungsraumzulage liegt seit 1998 unverändert bei 150 DM bzw. 75 Euro. Die Kinderzulage beträgt 20 Euro je Kind. Die Lebenshaltungskosten sind im Gegenzug mittlerweile 21% höher als im Durchschnitt Bayerns. Zuletzt 2013 forderte die GdP in einer gemeinsamen Demonstration mit ver.di die Verdoppelung der Ballungsraumzulage für den öffentlichen Dienst in München. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass die Entwicklung der Lebenshaltungskosten bei der Gewährung der Ballungsraumzulage zu berücksichtigen wäre. Die Umsetzung durch den bayerischen Gesetzgeber

blieb jedoch bislang aus. Blickt man in die Nachbarländer, z. B. die Schweiz, stellt man fest, dass dort ein „Teuerungszuschlag“ bezahlt wird, der je nach Region an die Lebenshaltungskosten gekoppelt ist. Auch die Landeshauptstadt München selbst bezahlt ihren Beschäftigten rund 120 Euro München-Zulage.

Hinsichtlich der „ähnlich belastenden Dienste“ reichte die GdP eine Petition ein, die die Probleme der Verfügungsgruppen und Diensthundestaffel, aber auch anderer belasteter Dienststellen lösen könnte. Der Vorschlag war eine Kopplung der Anerkennung an die erreichten Nachpunkte. Diese Lösung würde alle Dienste betreffen, die tatsächlich zu belastenden Zeiten arbeiten. Die Petition hatte leider keinen Erfolg.

Ein weiterer Vorstoß der GdP, die Zweitwohnungssteuer für Polizeibeamte zu verhindern, wurde bis zum Bundesverwaltungsgericht getrieben, hatte aber leider ebenfalls keinen Erfolg.

Innenpolitiker stehen Rede und Antwort

Bei der Podiumsdiskussion moderierte Harald Schneider ebenfalls zuerst das Thema Ballungsraumzulage an. Dr. Herrmann (CSU) verwies darauf, dass hierfür momentan kein Geld im Haushalt eingestellt wurde, verwies aber auf die Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich, der den Freistaat 1,25 Mrd. Euro kostet. Eine Neubewertung würde erst zum nächsten Doppelhaushalt möglich sein. Frau Gottstein (FW) sprach eine Äußerung von Ingrid Heckner (CSU) im Ausschuss Öffentlicher Dienst an, wonach Hausärzte sich gerade darum reißen würden, in München zu arbeiten. Hierbei würde jedoch verkannt, dass diese im Ballungsraum



AUS DEN BEZIRKEN

wesentlich mehr Geld verdienen können als auf der Fläche. Gerade dieses Thema zeige, dass die Politik sehr wohl auf solche Entwicklungen reagieren würde, da dem Hausärztemangel in der Fläche mit Strukturprogrammen entgegnet würde. Ihrer Meinung nach solle insbesondere der Zuschlag für Kinder erhöht werden, da man gerade für Familien einen Anreiz schaffen müsse, sich im Ballungsraum anzusiedeln. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) berichtete von einem Gesetzesentwurf der SPD, der eine Verdoppelung der Ballungsraumzulage vorgesehen hätte. Dieser Entwurf war von allen Fraktionen im Landtag gestützt worden, von der CSU mit ihrer Mehrheit jedoch verhindert worden. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die von der Polizei garantierte Sicherheit gerade für den Ballungsraum München ein wesentlicher Standortfaktor für die Wirtschaft darstellen würde.

Katharina Schulze (Grüne) sprach sich ebenfalls für eine Anpassung der Ballungsraumzulage aus und hoffe hier auf eine Initiative der CSU. Peter Schall stellte dar, dass eine Verdoppelung des

Zuschlags lediglich 29 Mio. Euro kosten würde. Nach Ansicht der GdP Bayern keine allzu große Summe, vergleiche man sie mit anderen, wesentlich weniger wichtigen Posten im Landshaushalt. Im Wesentlichen stellten alle anwesenden Politiker fest, dass die Verdopplung der Ballungsraumzulage zumindest ein Anfang wäre, den Abwanderungen erfahrener Polizeibeamter entgegenzuwirken. Katharina Schulze (Grüne) stellte letztlich fest, dass bei der Polizei auch immer mehr Spezialisten gebraucht würden und die Polizei hier mit der freien Wirtschaft konkurrenzfähig sein muss.

Die anschließende Diskussion zur Anerkennung der „ähnlich belastenden Dienste“ führte im Wesentlichen zu dem Ergebnis, dass eine Ungleichbehandlung zwischen Dienst- und Verfügungsgruppen nicht nachvollziehbar ist. Dr. Florian Herrmann (CSU) stellte fest, dass hier das Gesamtgefüge nicht mehr stimmig ist und eine Neuregelung möglicherweise eine gerechtere Lösung darstellen könnte. Vorstellbar wäre eine Umstrukturierung der Schichtzulagen und entsprechende

Anhebung der Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten (DUZ).

Polizeipräsident Hubertus Andrä, der die Diskussion aus dem Publikum verfolgte, bat die anwesenden Politiker unter dem Stichwort „Bürokratieabbau“ um die Reduzierung des Verwaltungsaufwands bei der Auszahlung von Mehrarbeitsstunden mit dem Ziel die Beamtinnen und Beamten auch zeitnah für ihre geleisteten Dienst entschädigen zu können.

Ballungsraum attraktiver gestalten

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es zwingend erforderlich ist, den Ballungsraum für Polizeibeamtinnen und -beamte, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, attraktiver zu machen. Neben den bereits genannten Themen wäre auch eine deutliche Verbesserung bei der Bereitstellung verbilligten Wohnraumes wünschenswert. Die Botschaft ist bei den politisch Verantwortlichen angekommen. Es ist nun an uns dafür zu sorgen, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt. **TBe**

Verdienstorden am Bande für Günter Kellermeier



Eine Delegation der BG Niederbayern ließ es sich nicht entgehen, bei dem würdigen Anlass ihres Ehrenvorsitzenden Günter Kellermeier mit anwesend zu sein. Diesem wurde am 27. 4. 2015 im Bayerischen Innenministerium durch den Innenminister Herrn Joachim Herrmann das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Unser GdP-Ehrenvorsitzender der Be-

zirksgruppe Niederbayern setzte sich als Personalrat in herausragender Weise für die Belange der Polizistinnen und Polizisten ein. Er war von 1984 bis zur Polizeireform im Mai 2009 Personalratsvorsitzender der Polizeidirektion Straubing und Personalratsvorsitzender des Übergangspersonalrats des Polizeipräsidiums Niederbayern. Von 2010 bis März 2013 war er

stellvertretender Personalratsvorsitzender des Polizeipräsidiums Niederbayern und über viele Jahre Mitglied im Bezirkspersonalrat des Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz. Außerdem war er Mitglied im Hauptpersonalrat des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr. Herr Kellermeier engagierte sich in den Bereichen Suizidprävention, Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz. Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, die Sicherheit auf den Autobahnen sowie das Behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) waren weitere Schwerpunkte seiner Tätigkeit. Während der Polizeireform machte er sich stark für den Standort Straubing. In all den Jahren unterstützte er die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen aller Laufbahngruppen auch gewerkschaftlich und besonders immer dann, wenn die dienstlichen Möglichkeiten ausgeschöpft schienen. Sein stetes Handeln war nie von Eigennutz geprägt, sondern immer auf den Erfolg für die Kolleginnen und Kollegen gerichtet. Ein echter GdPler! **Anita Herdrich**



KG Oberviechtach-Neunburg v. W. ehrt verdiente Mitglieder



Das Foto zeigt den KG-Vorsitzenden Pieper (Mitte) mit den Geehrten.

Bei der JHV der KG Oberviechtach-Neunburg v. W. konnte der Vorsitzende Karl-Heinz Pieper neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern auch den stellvertretenden Personalratsvorsitzenden Kurt Kopf sowie Ehrengen-

darm und Altbürgermeister Neuber aus Oberviechtach und den ehemaligen Personalratsvorsitzenden der Polizeidirektion Amberg, Richard Wirth, begrüßen. Nach dem Gedenken an die verstorbenen Mitglieder, den Berichten von Schriftführer, Finanzvorstand, Kassenprüfern und Entlastung der Vorstandschaft erfolgte der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden. Dabei kamen eine Vielzahl von Problemen zur Sprache, welche die Themen Nachwuchs, Beförderung, G7-Gipfel sowie die Personalstärke betrafen. Weitere Punkte waren die neue Uniform, DUZ sowie die neuen Schichtmodelle. Des Weiteren erinnerte Pieper an die Wanderung, die über Friedrichshäng nach Plöß führte, und richtete einen nochmaligen Dank an den ehemaligen Kollegen Ebenhöch für seine interessanten Ausführungen über das geschliffene Dorf an der Grenze zu Tschechien. Schon selbstverständlich seien die Werbeaktion mit

Malbüchern, die Osteraktion und der Gottesdienst für die verstorbenen Mitglieder gewesen. Ausführlich ging er auch auf die Auswirkungen des VG-Urteils im Hinblick auf die Beförderung zum PHMZ ein. Hier sehen sich viele dieser Kollegen als sogenannte Systemverlierer.

Im Anschluss an diesen ausführlichen Vortrag schritt die Versammlung zur Ehrung langjähriger Mitglieder. Pieper dankte den Kollegen Markus Hammerer für 10 Jahre und Bruno Fackler für 20 Jahre Mitgliedschaft in der GdP mit einer Urkunde und einem persönlichen Geschenk. Pieper bedankte sich dann auch bei Kurt Kopf für sein Engagement und bevor er die Versammlung beschloss, machte er die Mitglieder auf die Neuwahlen bei der nächsten JHV aufmerksam. Sowohl er als auch sein Stellvertreter Georg Lehner stellen sich aus Altersgründen nicht mehr für den Vorsitz zur Wahl. **Georg Lehner**

Neuwahlen bei der Kreisgruppe GdP Fürstenfeldbruck



Der neue GdP-Kreisvorstand Fürstenfeldbruck (v. l.): Vorsitzender Alexander Weggartner (PI Germering), die stellvertretenden Vorsitzenden Christian Olschowsky (PI Gröbenzell) und Stephan Dodenhoff (PI FFB), Udo Schmitt VPI FFB, Claudia Olschowsky (VPI FFB), Bernhard Sedelke (PI FFB), Rosario Burgmayr (Operative Ergänzungsdienste FFB) und Klaus Eiblmeier (VPI FFB)

Nach elf Jahren als Kreisvorsitzender kandidierte Stephan Dodenhoff bei den anstehenden Neuwahlen nicht mehr für den Kreisvorsitz.

Neben Christian Olschowsky bleibt er der Kreisgruppe jedoch als einer der beiden Stellvertreter des zum neuen Kreisvorsitzenden einstimmig gewählten Alexander Weggartner erhalten. Komplettiert wird die Vorstandschaft von Claudia Olschowsky und Udo Schmitt (Schriftführer), Dieter Wittmann und Erika Rabus (Kasse). Zum erweiterten Vorstand als Ansprechpartner auf den einzelnen Dienststellen stellten sich zur Verfügung: Bernhard Sedelke (PI FFB), Marc Pfriem (PI Gröbenzell), Dieter Wittmann/Erika Rabus (KPI), Angelika Völk/Marlene Karnasch (FHVR), Reiner Schatzl (PI Olching), Benedikt Öllinger (PI Germering), Klaus Eiblmeier (VPI) und Rosario Burgmayr (OED). Auf jeder Dienststelle wünsche er sich einen verlässlichen Ansprechpartner, zu dem die Leute vertrauensvoll gehen können, wenn sie Probleme haben. So stellt sich der neue GdP-Kreisvorsitzende die Basisarbeit vor.

Alexander Weggartner





GdP-MITGLIEDER SPAREN BEIM FRÜHBUCHEN IM LEGOLAND® BIS ZU 34%!



Haltet den Dieb! Helft dem LEGO® Polizisten bei der Verfolgungsjagd der gefährlichen Räuber im unberechenbaren Labyrinth der verrückten Polizeistation ...

Tageskarten bei LEGOLAND® Deutschland frühbuchen – das lohnt sich!

Denn als GdP-Mitglieder und Familienangehörige erhaltet Ihr Eure vergünstigten 1-Tageskarten für nur:

Vorbuchzeit	undatiert	0 – 1 Tage	2 – 6 Tage	mind. 7 Tage
Erwachsene	41,50 €	39,50 €	35,50 €	30,00 €
Kinder	37,00 €	35,00 €	32,00 €	26,50 €
4-Personen	145,00 €	135,00 €	121,50 €	102,00 €
5-Personen	178,50 €	166,50 €	150,50 €	126,00 €

Zugangscodes und Infos: www.gdp-service.de unter Freizeit

Die 1-Tageskarten sind nur online im Vorverkauf erhältlich. Die undatierten Eintrittskarten können an allen Tagen in der Saison 2015 genutzt werden. Datierte Karten gelten ausschließlich am ausgewählten Tag. Die Saison 2015 geht vom 28. März bis 8. November.

Das Angebot ist nur gültig für GdP-Mitglieder und deren Angehörige.

Angebot nicht kombinierbar mit anderen Aktions- und Rabattvorteilen, Online- und Jahreskarten oder Übernachtungspauschalen. Die Weitergabe der Zugangsdaten und der Verkauf an Dritte ist nicht gestattet. Änderungen der Preise und Konditionen vorbehalten.

